

Sperrfrist bis 10.15 Uhr



Medienmitteilung

Donnerstag, 2. Februar 2023

Wirtschaftspolitische Weitsicht ist wichtiger denn je

economiesuisse fordert von der Politik mehr Lösungsorientierung statt Problembewirtschaftung

Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse erwartet von der Politik mehr strategische Weitsicht und konkrete Lösungsvorschläge statt andauernder Problembewirtschaftung. Der harte internationale Wettbewerb und die aktuellen Krisen fordern Wirtschaft und Gesellschaft massiv heraus. Diese Herausforderungen sind meist vielschichtig und komplex und erfordern mehr konstruktive Zusammenarbeit statt reines Polit-Marketing – erst recht im Wahljahr.

In der Ukraine ist noch immer Krieg, die Nachwehen der Corona-Pandemie beim Staat und bei den Unternehmen halten an, die Weltwirtschaft kühlt sich ab, internationale Lieferketten sind unterbrochen, die Alterung der Gesellschaft schreitet voran und die Wirtschaft kämpft mit akutem Arbeitskräftemangel und einer latent drohenden Energieknappheit.

«Ist die Welt vollkommen aus den Fugen?», fragte Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse, an der heutigen Jahresmedienkonferenz des Wirtschaftsdachverbands. Nicht alle genannten Entwicklungen seien völlig neu oder überraschend. Neu sei aber, dass diese gleichzeitig auftreten und sich teilweise verstärken. Aus Sicht der Unternehmen seien Katastrophenstimmung und Kulturpessimismus nicht hilfreich, sagte Rühl. Ratsam seien hingegen ein durchdachtes Krisenmanagement und ein nüchterner Blick auf den eigenen Umgang mit den Krisen der jüngeren Vergangenheit.

Das Krisenmanagement des Bundes brauche dringend eine Auffrischungskur und die Wirtschaftspolitik der Schweiz eine Strategie, wie sie langfristig mit den grossen Herausforderungen umgehen wolle. «Augen zu und durch ist keine Strategie», sagte Rühl. Die Unternehmen müssten auch langfristig und strategisch agieren, wenn sie nachhaltig erfolgreich sein wollen. Und: «Vom Unternehmergeist, der Innovationskraft und der Dynamik vieler Schweizer Unternehmen könnte sich die Politik inspirieren lassen. Und ich bin der Meinung, sie sollte es unbedingt auch tun.»

«Die allermeisten grossen Herausforderungen unserer Zeit sind vielschichtig und komplex, sie müssen ganzheitlich gedacht und interdisziplinär angegangen werden», schloss economiesuisse-Präsident Christoph Mäder an. Für kluge Lösungen und weitsichtige Strategien brauche es häufig die Expertise und die Perspektive aus verschiedenen Fachrichtungen, Blickwinkeln und Verwaltungseinheiten. Es gebe heute kaum mehr ein Dossier, das wirklich nur ein einziges Departement betreffe. «Der Gesamtbundesrat als Kollegium muss seine Verantwortung wahrnehmen, sich zwingend als Team offensiv und konstruktiv um die wichtigen Themen mit grosser Tragweite kümmern und gemeinsam, departementsübergreifend die strategischen Prioritäten für die Weiterentwicklung unseres Landes setzen», mahnte Mäder. Kompetenzgerangel, parteipolitisches Taktieren und politisches Marketing hingegen würden keines der relevanten Probleme wirklich lösen.

Wie falsch oder gar gefährlich ein verengter Blick aus dem eigenen Gärtchen sein kann, illustrierte Christoph Mäder anhand der Energiepolitik, der Sicherheitspolitik und der Europapolitik. Auch in der Altersvorsorge stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor grossen Herausforderungen.

Mit Bezug auf die eidgenössischen Wahlen im kommenden Herbst sagte Christoph Mäder: «Die Parteien von links bis rechts sollten nicht in einer Endlosschleife von Problembewirtschaftungen verharren, sondern konstruktiv mitarbeiten an Lösungen zum Wohle unseres Wirtschaftsstandorts, der Arbeitsplätze und der Menschen in unserem Land. Nur mit einer lösungsorientierten Zusammenarbeit aller Stakeholder schaffen wir Wohlstand und soziale Sicherheit.»

Rückfragen:
Michael Wiesner
Telefon: +41 44 421 35 44
E-Mail: michael.wiesner@economiesuisse.ch

Sperrfrist bis 10.15 Uhr



Jahresmedienkonferenz 2023

Donnerstag, 2. Februar 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Die Politik hat verlernt, langfristig zu denken

Vom Unternehmergeist, von der Innovationskraft und der Dynamik der Unternehmen lernen

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Welt im Krisenmodus. Zu diesem Schluss kommt bisweilen, wer in den vergangenen Wochen und Monaten aufmerksam die Medienberichterstattung verfolgt hat: verheerender Krieg in der Ukraine, anhaltende Nachwehen der Corona-Pandemie beim Staat und bei den Unternehmen, hohe Inflation und steigende Zinsen, Abkühlung der Weltwirtschaft – mancherorts auch Rezession, Unterbruch von internationalen Lieferketten, Alterung der Gesellschaft und akuter Arbeitskräftemangel, Energieknappheit und Klimawandel. Man fragt sich: Ist die Welt vollkommen aus den Fugen?

Nicht alle genannten Entwicklungen sind völlig neu oder überraschend. Neu ist aber, dass diese gleichzeitig auftreten und sich teilweise verstärken. Ist das jetzt der Schwarze Schwan, von dem schon immer alle wussten, dass es ihn gibt, aber niemand wirklich daran glaubte, ihn je anzutreffen?

Aus Sicht der Unternehmen sind Katastrophenstimmung und Kulturpessimismus nicht hilfreich. Ratsam für unser Land sind hingegen ein probates Krisenmanagement und ein nüchterner Blick auf den eigenen Umgang mit den Krisen der jüngeren Vergangenheit. Diese legen nämlich schonungslos offen, wo die Politik es versäumt hat, die Weichen vorausschauend und weise zu stellen. Im internationalen Wettbewerb reicht es nicht mehr, nur auf die Nachbarländer zu schießen und sich gut zuzureden. Der Schein trügt. Die Musik spielt derzeit vor allem in den USA und Asien, nicht so sehr in Europa. Wer zu den Besten gehören will, muss sich mit den Besten messen.

Auch wenn die Schweiz in vielen Bereichen zweifellos gut dasteht, besteht in anderen noch massiv Luft nach oben. Ich möchte dies anhand von drei Themenfeldern aufzeigen: erstens Digitalisierung, zweitens Demografie und drittens Dekarbonisierung. Es sind die Themen, die gemäss einer jüngeren Umfrage von PwC Schweiz auch die Führungskräfte in den Unternehmen derzeit am meisten beschäftigen und herausfordern.

1 Digitalisierung

In Sachen Digitalisierung ist unser Land noch längst nicht da, wo es sein könnte und vor allem sein müsste. Die Corona-Krise hat uns eklatant vor Augen geführt, dass wir insbesondere im Gesundheitswesen in Sachen digitale Daten stellenweise ein Entwicklungsland sind. Das gilt leider ganz grundsätzlich auch für viele Bereiche des E-Government und der E-Services der öffentlichen Verwaltungen.

Das Gleiche wie im Gesundheitssektor während Corona haben wir auch im Energiesektor erlebt, als sich eine Mangellage abzeichnete: Es fehlen uns allenthalben Echtzeitdaten und damit wichtige Entscheidungsgrundlagen in lebenswichtigen Sektoren. Das Entwickeln und Beschliessen von Massnahmen wird so weitgehend zum Blindflug oder zu einer nachgelagerten «Pflasterlipolitik», die hilflos wirkt, am Ziel vorbeischießt oder sogar kontraproduktiv sein kann. Die rasche Verfügbarkeit von Daten ist in wichtigen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energieverbrauch oder wirtschaftliche Lage absolut zentral, um wirksame Entscheidungen treffen zu können. Das gilt für die Schweiz insgesamt genauso wie für jeden Einzelnen von uns.

Ein zukunftsfähiges elektronisches Patientendossier fehlt heute ebenso wie durchgehend digitalisierte Zollprozesse. Die heutigen, veralteten und komplexen Systeme im grenzüberschreitenden Warenverkehr führen zu einem zeitlichen und finanziellen Mehraufwand für die Unternehmen. Eine Modernisierung der Zollprozesse mit Weitergabe der Effizienzgewinne an die Unternehmen ist längst überfällig.

Auch der Ausbau des 5G-Netzes wird zunehmend dringend: Mobilfunknetze der fünften Generation dienen der Wirtschaft in Zukunft als wichtige Innovationsplattform. Diese Plattform muss innert nützlicher Frist in der Schweiz bereitgestellt werden, damit neue Produkte, Dienstleistungen und letztlich Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen können.

2 Demografie

In vielen entwickelten Volkswirtschaften schrumpft und altert die einheimische Bevölkerung. Auch in der Schweiz. Das hat massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand, auf die Bundesfinanzen und auf die Finanzierung der Sozialwerke. Trotzdem verschliessen sich linke Kreise kategorisch jeder konstruktiven Diskussion über eine Erhöhung des Rentenalters. Eine solche destruktive Blockadehaltung löst keine demografisch bedingten Probleme, sondern bürdet den nachfolgenden Generationen lediglich massiv höhere Kosten auf. *Après moi, le déluge*. Das ist rücksichtslos und asozial.

Die demografische Entwicklung führt auch zu einer massiven Verschärfung des Fachkräftemangels. Diese Konsequenz war absehbar und ist seit Jahren bekannt. Heute fehlt es im ganzen Land und auch in vielen Nachbarländern an gut ausgebildeten und erfahrenen Handwerkerinnen und Handwerkern, an medizinischem Personal oder an Ingenieuren und Informatikern. Die Unternehmen sind auf qualifizierte Arbeitskräfte dringend angewiesen. Eine Kompensation mit qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland mag das Problem im Einzelfall lösen, führt aber in der Gesamtheit zu neuen, oft emotional geführten Auseinandersetzungen – etwa um das Wachstum der Gesamtbevölkerung und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt oder auf die Verkehrsdichte.

3 Dekarbonisierung

An der Substituierung der fossilen Energieträger durch erneuerbare Energiequellen führt kein Weg vorbei. Das ist offensichtlich und ebenfalls längst bekannt. Bis andere nachhaltige Energieträger zur Verfügung stehen, bedeutet eine Dekarbonisierung vorerst eine weitgehende Elektrifizierung: in der Industrie, im Gebäudesektor und auch im Verkehr. Nun reiben wir uns angesichts einer vermeintlich plötzlich drohenden Strommangellage die Augen. Dabei ist es doch offensichtlich: Wir brauchen rasch einen massiven Ausbau der Stromproduktion und der Stromnetze. Nur so können wir die

Dekarbonisierung entschlossen vorantreiben, ohne die Wirtschaft abzuwürgen. Viele Unternehmen haben Weitblick bewiesen und das Heft aktiv in die Hand genommen: Sie handeln konkret zum Schutz des Klimas und der Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren: Wenn uns die Krisen der jüngeren Vergangenheit etwas vor Augen geführt haben, dann sind es eklatante Versäumnisse und mangelnde Vorbereitung auf eigentlich absehbare oder zumindest wahrscheinliche Entwicklungen. Die aktuellen Krisen werden auch nicht die letzten gewesen sein. Das Krisenmanagement des Bundes braucht deshalb dringend eine Auffrischungskur. Und die Wirtschaftspolitik der Schweiz braucht eine Strategie, wie sie langfristig mit den genannten Herausforderungen umgehen will. Augen zu und durch ist keine Strategie. Symptomatisch für die hilflos wirkende «Pflasterlipolitik» des Bundes ist die Gesamtschau des Bundesrats vor einem Jahr unter dem Titel «Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz».

Darin werden zahlreiche kurz- und mittelfristige Massnahmen aufgelistet, gegen die an sich nichts einzuwenden wären. Was aber vollkommen fehlt, ist eine Langfristperspektive. Die Politik hat etwas verlernt, langfristig zu denken und zu handeln. Die grossen wirtschaftspolitischen Würfe für die Zukunft gelingen immer seltener. Kurzfristiges Taktieren und Treten an Ort, wie zum Beispiel in der Europapolitik, bringen unser Land nicht weiter.

Die Unternehmen hingegen müssen, wenn sie im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein wollen, langfristig und strategisch agieren. Vom Unternehmergeist, von der Innovationskraft und der Dynamik vieler Schweizer Unternehmen könnte sich die Politik inspirieren lassen. Und ich bin der Meinung, sie sollte es unbedingt auch tun.

Sperrfrist bis 10.15 Uhr



Jahresmedienkonferenz 2023
Referat Christoph Mäder
Donnerstag, 2. Februar 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Gute Wirtschaftspolitik erfordert strategische Weitsicht

Nur mit Offenheit und konstruktiver Zusammenarbeit gelingen nachhaltig gute Lösungen

Christoph Mäder, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Krisen können auch Chancen sein, wenn man daraus die wichtigen Lektionen lernt und entsprechende Vorkehrungen trifft. Die Krisen der jüngsten Vergangenheit haben uns deutlich vor Augen geführt, dass die allermeisten grossen Herausforderungen unserer Zeit vielschichtig und komplex sind und dass sie ganzheitlich betrachtet und angegangen werden müssen. Für kluge Lösungen braucht es heute in vielen Dossiers die Expertise und die Perspektive aus unterschiedlichen Fachrichtungen und Blickwinkeln. Nur so können nachhaltig gute Lösungen für alle Betroffenen entwickelt und auch erfolgreich umgesetzt werden.

Warum sage ich das? Führen wir uns vor Augen, wie der Bundesrat heute unser Land regiert: Jedes Thema wird in die Kompetenz eines Departements übergeben, das anschliessend entsprechende Massnahmen vorschlägt, die dann mehr oder weniger so vom Gesamtbundesrat abgesegnet werden. Kann die Beantwortung komplexer Fragen heute wirklich noch so funktionieren? Entwickelt sich so eine strategische Weitsicht? Wohl kaum. Darum hat der Bundesrat auch keine kohärente Strategie für die Entwicklung in den Themenfeldern, die Monika Rühl vorhin skizziert hat.

Es gibt heute kaum mehr ein Dossier, das wirklich nur ein einziges Departement betrifft. Der Gesamtbundesrat muss deshalb seine Verantwortung als Kollegium wahrnehmen, sich zwingend als Team offensiv und konstruktiv um die wichtigen Themen mit grosser Tragweite kümmern und gemeinsam, departementsübergreifend die strategischen Prioritäten für die Weiterentwicklung unseres Landes setzen. Kompetenzgerangel und parteipolitisches Taktieren löst keines der relevanten Probleme.

Dasselbe gilt übrigens auch für die Zusammenarbeit der Kantone. Kein Mensch versteht, weshalb zum Beispiel in einem Kanton die Restaurants pandemiebedingt geschlossen sind und im Nachbarkanton offen. So nimmt die Politik den Bürger nicht ernst – und umgekehrt übrigens auch nicht. Gefragt sind in der Politik mehr Offenheit und Zusammenarbeit statt Tunnelblick.

Energiepolitik

Wie falsch ein verengter Blick sein kann, sehen wir in der Energieversorgung. Auch wenn der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Versorgungssicherheit verschärft hat, war schon vorher offensichtlich, dass der Stromverbrauch in der Schweiz und in ganz Europa ansteigen wird. Und es war auch klar, dass der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen mit diesem Mehrbedarf nicht Schritt halten kann. Trotzdem hat das Stimmvolk 2017 ein Bewilligungsverbot für neue Kernkraftwerke beschlossen.

In der Zwischenzeit wurde das erste Kernkraftwerk vom Netz getrennt, ein Stromabkommen mit der EU liegt in weiter Ferne und verlässliche Stromimporte aus unseren Nachbarländern verkommen zusehends zum reinen Wunschdenken.

Nun schwebt in den kommenden Jahren ständig das Damoklesschwert einer Energiemangellage über uns. Die latent drohenden Engpässe in der Energieversorgung verunsichern die Unternehmen. Viele wären im Ernstfall existenziell bedroht. Um Betriebsschliessungen und Arbeitslosigkeit abzuwenden, müssen Bundesrat und Parlament alles unternehmen, um eine Mangellage zu verhindern.

Eine Strommangellage wäre ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Desaster und muss unbedingt verhindert werden. Allein die volkswirtschaftlichen Schäden könnten im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich liegen. Der drohende irreparable Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Fähigkeit, die Grundversorgung zu gewährleisten, ist zwar nicht quantifizierbar, wiegt aber schwer.

Sicherheitspolitik

Ein verengter Blick kann auch in der Sicherheitspolitik gefährlich werden. Seit fast einem Jahr führen die Russen ihren brutalen Feldzug gegen das Nachbarland. Die schrecklichen Bilder aus der Ukraine machen deutlich, wie grundlegend das Bedürfnis der Menschen nach Frieden, Sicherheit und Unversehrtheit ist und dass diese keineswegs selbstverständlich sind.

Menschen können nur dann erfolgreich wirtschaften, wenn sie sicher sind und sich auch sicher fühlen. Die schweizerische Sicherheitspolitik muss sich der veränderten, wahrscheinlich zunehmend bipolaren Weltordnung stellen und die notwendigen Vorkehrungen treffen, um die Sicherheit und Stabilität unseres Landes garantieren zu können. Sicherheit ist zusammen mit freiheitlichen Rahmenbedingungen die Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und Resilienz.

Fachkräftemangel und Zuwanderung

Und schliesslich zeigt sich auch in der Europapolitik, wohin ein verengter Blick führen kann: zu Blockaden und Stillstand. Schauen wir den Tatsachen ins Auge: Das politische *pièce de résistance* ist vor allem die Personenfreizügigkeit mit der EU. Sie dient politischen Kreisen häufig als Zielscheibe und als Projektionsfläche für Schreckensszenarien aller Art. Auch hier ist ein nüchterner Blick meistens sachdienlicher als ein parteipolitisches Hickhack.

Fakt ist, dass die Zuwanderung in die prosperierende Schweiz im internationalen Vergleich hoch ist. Fakt ist aber auch, dass wir ohne die Arbeitskräfte aus EU-Ländern wie auch aus Drittstaaten wirtschaftlich nicht da wären, wo wir heute sind. Angesichts der Demografie sind wir nun mal auf ausländische Fachkräfte angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand halten wollen. Und Fakt ist schliesslich auch, dass die Zuwanderung in Teilen der Bevölkerung unbestritten ein Unbehagen auslöst. Davor die Augen zu verschliessen wäre genauso töricht, wie die Landesgrenzen zu schliessen. Was also ist zu tun?

Die Zuwanderung in die Schweiz hängt hauptsächlich vom hiesigen Bedarf nach Arbeitskräften ab. Wer weniger Zuwanderung will, muss deshalb auch konstruktiv Hand bieten für Massnahmen, die das inländische Arbeitskräftepotenzial so weit wie möglich ausschöpfen. Dazu gehören eine höhere Erwerbsquote von Frauen, eine Reduktion der Attraktivität von Frühpensionierungen, eine Belohnung von Erwerbstätigkeit im Pensionsalter statt Bestrafung in den Sozialwerken, eine bessere Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern, der Ausbau von Ausbildungsplätzen in den MINT-Fächern, eine Förderung der Berufsbildung und längere Lebensarbeitszeiten von Frauen und Männern. Auch ein tieferes Wachstum der Stellen im öffentlichen Sektor und eine vermehrt auf Wertschöpfung und auf einheimische Arbeitskräfte fokussierte Politik der Kantone bei der Ansiedlung von Unternehmen könnten helfen, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser zu nutzen und so die Zuwanderung automatisch zu verlangsamen. Solche Massnahmen meine ich mit Weitsicht. Wirtschaftspolitische Weitsicht zielt auf langfristig wirkende Massnahmen, nicht auf *Quick Wins* und politisches Marketing.

Ich komme zum Schluss: Das Bewirtschaften von Problemen gehört unbestritten zum Instrumentarium des politischen Marketings. Die Parteien von links bis rechts sollten aber nicht in einer Endlosschleife von Problembewirtschaftungen verharren, sondern auch konstruktiv mitarbeiten an Lösungen zum Wohle unseres Wirtschaftsstandorts, der Arbeitsplätze und der Menschen in unserem Land. Nur mit einer lösungsorientierten Zusammenarbeit aller Stakeholder schaffen wir nachhaltig Wohlstand und soziale Sicherheit.

Ich habe unsere heutigen Referate mit einem Zitat vom WEF begonnen und ich möchte mein Referat auch mit einem Zitat schliessen, das ich aus dem WEF mitgenommen habe: «In einem perfekten Sturm gibt es keine perfekten Lösungen. Aber wir können daran arbeiten, den Schaden zu kontrollieren und Möglichkeiten zu nutzen.» Genau das, meine Damen und Herren, gilt auch für die Schweizer Wirtschaftspolitik. Wir können in der Schweiz nicht alles selbst beeinflussen. Gerade Krisen schränken den Handlungsspielraum von Betroffenen massiv ein. Aber was wir selbst vorkehren können, sollten wir tun, um unsere Volkswirtschaft stärker und resilienter zu machen gegenüber den Krisen, die mit Sicherheit noch kommen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.